

Protokoll 175. Sitzung des Gemeinderats von Zürich

Mittwoch, 14. Januar 2026, 17.00 Uhr bis 22.09 Uhr, im Rathaus Hard
in Zürich-Aussersihl

Vorsitz: Präsident Christian Huser (FDP)

Beschlussprotokoll: Sekretariat Simon Kälin-Werth (Grüne)

Anwesend: 121 Mitglieder

Abwesend: Sanija Ameti (Parteilos), Angelica Eichenberger (SP), Lea Herzig (Grüne), Xenia Voellmy (GLP)

Der Rat behandelt aus der vom Präsidenten erlassenen, separat gedruckten Tagliste folgende Geschäfte:

- | | | | |
|----|-----------------|---|-----|
| 1. | | Mitteilungen | |
| 2. | 2025/611 * | Weisung vom 17.12.2025:
Geomatik und Vermessung Stadt Zürich, Mutation mit
Anpassung der Stadtkreisgrenze | VTE |
| 3. | 2025/612 * | Weisung vom 17.12.2025:
Tiefbauamt, Ausbau der Infrastruktur für den Fuss- und
Veloverkehr im Einzugsgebiet der geplanten Schulanlage
Tüffenwies, Projektierung, neue einmalige Ausgaben,
Bericht und Abschreibung einer Motion und eines Postulats | VSI |
| 4. | 2025/615 * | Weisung vom 17.12.2025:
Postulat von Martin Götzl und Reto Brüesch betreffend Sport-
anlage Oerlikon, Bericht zu den «Lessons Learned», Bericht
und Abschreibung | VHB |
| 5. | 2025/597 *
E | Motion von Nicolas Cavalli (GLP) und Sven Sobernheim (GLP)
vom 10.12.2025:
Schaffung eines ReUse-Bauteillagers | VHB |
| 6. | 2025/607 *
E | Postulat von Nadina Diday (SP), Anna Graff (SP) und Guy
Krayenbühl (GLP) vom 11.12.2025:
Bericht über eine mögliche Zugänglichkeit sämtlicher See-,
Fluss- und Aussenbeckenbäder der Stadt als öffentlicher Raum
im Winterhalbjahr | VSS |

7.	2025/618	* E	Postulat der SP-, Grüne- und AL-Fraktion vom 17.12.2025: Betrieb von zusätzlichen städtischen Kitas mittels einer Übernahme von bestehenden Kitas sowie der Nutzung eigener Liegenschaften und Liegenschaften von städtischen Stiftungen	VS
8.	2025/621	* E	Postulat von Liv Mahrer (SP) und Dr. Balz Bürgisser (Grüne) vom 17.12.2025: Sportanlage Utogrund, gerechte Verteilung der Nutzung auf die verschiedenen Anspruchsgruppen	VSS
9.	2025/622	* E	Postulat von Dr. Balz Bürgisser (Grüne) und Liv Mahrer (SP) vom 17.12.2025: Schulanlage Utogrund, Nutzung des Allwetterplatzes als Autoparkplatz nur in begründeten Ausnahmefällen	VSS
10.	2025/623	* E	Postulat von Dr. Roland Hohmann (Grüne), Selina Walgis (Grüne) und Urs Riklin (Grüne) vom 17.12.2025: Rasche Umsetzung von hitzemindernden Massnahmen auf dem Farbhof	VTE
11	2025/624	* E	Postulat von Selina Walgis (Grüne) und Dr. Balz Bürgisser (Grüne) vom 17.12.2025: Ausbau des Angebots Ferienplausch	VSS
13.	2025/335	!	Weisung vom 20.08.2025: Schulamt, Anpassung der Konventsstrukturen des Schul- personals, Teilrevision von Schulerlassen	VSS
12.	2025/3	!	Parlamentarische Initiative von Dr. Emanuel Tschannen (FDP), Beat Oberholzer (GLP), Benedikt Gerth (Die Mitte) und 10 Mitunterzeichnenden vom 08.01.2025: Verzicht auf die Erhebung der Mengengebühr bei der Anliefe- rung von Sperrgut bis zu einer bestimmten Menge, Ergänzung der Verordnung für die Abfallbewirtschaftung (AS 712.110)	
14.	2025/352	!	Weisung vom 27.08.2025: Postulat der SP- und Grüne-Fraktionen betreffend Unter- suchung und Bericht zu den rechtsextremen Angriffen, dem Vorgehen und den allfälligen Fehlern von Seiten der Stadt und der Polizei sowie zu den künftigen Handlungsmöglich- keiten, Bericht und Abschreibung	VSI
15.	2025/410	!	Weisung vom 17.09.2025: Sicherheitsdepartement, Massnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit von Minderheiten mit besonderen Schutz- bedürfnissen, Zusatzkredit	VSI
16.	2025/454	!	Weisung vom 01.10.2025: Human Resources Management, Personalrecht, Teilrevision betreffend Erhöhung der Sparbeiträge an die Pensionskasse	FV

17.	2025/233		Interpellation von Andreas Egli (FDP), Martina Zürcher (FDP) und Dr. Frank Rühli (FDP) vom 11.06.2025: Schutzbauten-Unterbstand in der Stadt, Hintergründe für die fehlenden Schutzräume, Ausmass des Unterbestands, allfällige Rüge der kantonalen Stellen, Gründe für die Untätigkeit der Stadt und mögliche Massnahmen sowie Erstellung einer Schutzraumzuweisung	VSI
18.	2025/324		Interpellation von Johann Widmer (SVP), Jean-Marc Jung (SVP) und Yves Peier (SVP) vom 09.07.2025: Gewalttätige Angriffe durch eine linksextreme Täterschaft gegen bürgerliche Parteien und ihre Exponenten und Einrichtungen, Durchsetzung der Versammlungsfreiheit, Massnahmen gegen gewaltbereite Linksautonome, polizeiliche Unterstützung der Veranstaltenden von Quartierfesten, Aufhetzung von Jugendlichen gegen bürgerliche Werte sowie Massnahmen zur Entwaffnung der Jugend	VSI
19.	2025/360	A	Postulat von Michele Romagnolo (SVP), Samuel Balsiger (SVP) und Yves Peier (SVP) vom 27.08.2025: Polizeiliche Auflösung der Drogenszene in der Bäckeranlage und in den angrenzenden Seitengassen sowie Unterstützung der betroffenen Personen in den Anlaufstellen und Betreuungsangeboten	VSI
20.	2024/589	! E/A	Postulat von Martina Zürcher (FDP), Anthony Goldstein (FDP) und Hans Dellenbach (FDP) vom 18.12.2024: Vergabe von vergünstigten Baurechten an gemeinnützige Wohnbauträger, öffentliche Ausschreibung der Wohnungen und Gleichbehandlung aller Personen unabhängig einer Mitgliedschaft in einer Genossenschaft	FV
21.	2025/67	E/A	Postulat von Martin Busekros (Grüne), Dr. Jonas Keller (SP) und Sophie Blaser (AL) vom 26.02.2025: Überarbeitung der Treueprämie für die Angestellten der Stadt	FV
22.	2025/81	A/P	Motion von Reto Brüesch (SVP), Johann Widmer (SVP) und Jean-Marc Jung (SVP) vom 05.03.2025: Realisierung eines Wohnprojekts mit preisgünstigen Wohnungen neben der Schulanlage Riedhof	FV
23.	2025/82	E/A	Postulat von Matthias Probst (Grüne) und Urs Riklin (Grüne) vom 05.03.2025: Bericht über die Anzahl Soll- und Ist-Veloabstellplätze bei allen städtischen Liegenschaften gemäss der aktuellen Parkplatzverordnung sowie zum Aufwand zur Reduktion des Defizits	FV

- | | | | |
|-----|------------|---|----|
| 24. | 2025/85 | Interpellation der FDP-Fraktion vom 05.03.2025:
Möglicher Erwerb des Hotels UTO KULM, rechtliche und politische Einschätzung zur Bekanntgabe von Details der Vertragsverhandlungen, Hintergründe zu den Entscheiden und den Kriterien, Angaben betreffend Sicherung einer informellen Mehrheit im Gemeinderat bei diesem und allenfalls weiteren Kaufgeschäften sowie Beurteilung der Opportunität dieser Vorgehensweise | FV |
| 25. | 2025/151 A | Postulat von Tanja Maag (AL) und Christian Häberli (AL) vom 09.04.2025:
Schlachthofareal, Überlassung des Areals an ein selbstverwaltetes Kollektiv in Gebrauchsleihe zwischen dem Abschluss des gewerblichen Gebrauchs bis zum Beginn des Umbaus | FV |
- * Keine materielle Behandlung
! Behandlung in reduzierter Debatte

Mitteilungen

Die Mitteilungen des Ratspräsidenten werden zur Kenntnis genommen.

Der Ratspräsident Christian Huser (FDP) beantragt, TOP 13, GR Nr. 2025/335, «Weisung vom 20.08.2025: Schulumt, Anpassung der Konventsstrukturen des Schulpersonals, Teilrevision von Schulerlassen» nach der Beratung von TOP 11, GR Nr. 2025/624, «Postulat von Selina Walgis (Grüne) und Dr. Balz Bürgisser (Grüne) vom 17.12.2025: Ausbau des Angebots Ferienplausch» zu behandeln.

Der Rat stimmt dem Antrag des Ratspräsidenten stillschweigend zu.

An der nachfolgenden Fraktionserklärung werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

5675. 2026/16 Erklärung der SVP-Fraktion vom 14.01.2026: Angriffe auf Volksvertreter im privaten Umfeld

Namens der SVP-Fraktion verliest Samuel Balsiger (SVP) folgende Fraktionserklärung:

4. Angriff auf die SVP und die Demokratie: Linksextreme greifen Volksvertreter im privaten Umfeld an

Es ist Tiefpunkt und eine neue Eskalationsstufe: Linksextreme beschmieren Wohngebäude von Stadtzürcher SVP-Politiker. In einem Fall ist sogar sein Name auf den Türklingeln mit roter Farbe durchgestrichen worden. «Wir wissen, wo ihr wohnt», soll die Botschaft sein. Der betroffene Politiker fragte im TeleZürich-Beitrag: «Muss ich nun auch abends im Freien mit Angriffen rechnen?» Linksextreme versuchen, die SVP mundtot zu machen und greifen damit die Demokratie an.

Wer keine Argumente mehr hat, greift mitunter zur Gewalt. Eine ganze Serie von linksextremen Angriffen auf die SVP und deren Volksvertreter erschüttert in den letzten Monaten immer wieder das demokratische

Selbstverständnis der Stadt Zürich – oder gar des ganzen Landes. In allen Landessprachen sind Nachrichten zu den linksextremen Anschlägen erschienen. Wir Schweizer sind zurecht stolz auf unsere direktdemokratische Debattenkultur. Gewalt hat hier keinen Millimeter Platz, die linken Angriffe müssen aufhören. In Höngg wurden ein Stand und die anwesenden Volksvertreter angegriffen. Eine Verurteilung folgte. In Schwamendingen wurde eine ganze Chilbi-Infrastruktur der SVP von Linksextremen mit brachialer Gewalt kurz und klein geschlagen. Es folgte ein Angriff auf einen weiteren gewählten Volksvertreter und auf die Präsidentin des Quartiervereins. Und nun: Die Beschmierungen der Wohlhäuser der SVP-Volksvertreter. Dass die Angriffe auf offener Strasse erfolgen, ist bereits demokratiefeindlich. Doch nun zielen Linksextreme sogar auf das Privatleben.

Mancher fragt sich, sind im rotgrünen Polit-Zürich demokratische Wahlen überhaupt noch gewährleistet? Wir dürfen den Linksextremen aber weder auf den Leim gehen, noch lässt sich die SVP einschüchtern.

In der Stadt Zürich herrschen echte Probleme vor, die es zu lösen gilt. Die masslose Zuwanderung; eine exorbitante Verschuldung durch die Casino-Finanzpolitik der Linken; Mieten, die aufgrund dem Zuwanderungsdruck durch die Decke gehen; eine Staatsverwaltung, die wächst und wächst. Die SVP wird weiterhin Sachpolitik machen, die Missstände offen ansprechen und um das Vertrauen der Bevölkerung bitten. Gibt es in vielen politischen Bereichen keine Kurskorrekturen, geht die Schweiz kaputt. Die SVP setzt sich für Land und Leute ein. Wir erwarten vom Sicherheitsdepartment und von nationalen Sicherheitsbehörden, dass gegen die linksextremen Gewalttäter rigoros vorgegangen wird und die SVP ihre demokratischen Rechte ungehindert wahrnehmen kann. Die öffentliche Sicherheit muss wieder hergestellt und die Täter bestraft werden.

G e s c h ä f t e

5676. 2025/611

Weisung vom 17.12.2025:

Geomatik und Vermessung Stadt Zürich, Mutation mit Anpassung der Stadtkreisgrenze

Zuweisung an die SK TED/DIB gemäss Beschluss der Geschäftsleitung vom 12. Januar 2026

5677. 2025/612

Weisung vom 17.12.2025:

Tiefbauamt, Ausbau der Infrastruktur für den Fuss- und Veloverkehr im Einzugsgebiet der geplanten Schulanlage Tüffenwies, Projektierung, neue einmalige Ausgaben, Bericht und Abschreibung einer Motion und eines Postulats

Zuweisung an die SK SID/V gemäss Beschluss der Geschäftsleitung vom 12. Januar 2026

5678. 2025/615

Weisung vom 17.12.2025:

Postulat von Martin Götzl und Reto Brüesch betreffend Sportanlage Oerlikon, Bericht zu den «Lessons Learned», Bericht und Abschreibung

Zuweisung an die SK PRD/SSD gemäss Beschluss der Geschäftsleitung vom 12. Januar 2026

5679. 2025/597
Motion von Nicolas Cavalli (GLP) und Sven Sobernheim (GLP) vom 10.12.2025:
Schaffung eines ReUse-Bauteillagers

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Hochbaudepartements namens des Stadtrats bereit, die Motion entgegenzunehmen.

Roger Bartholdi (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

5680. 2025/607
Postulat von Nadina Diday (SP), Anna Graff (SP) und Guy Krayenbühl (GLP) vom 11.12.2025:
Bericht über eine mögliche Zugänglichkeit sämtlicher See-, Fluss- und Aussenbeckenbäder der Stadt als öffentlicher Raum im Winterhalbjahr

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Roger Bartholdi (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

5681. 2025/618
Postulat der SP-, Grüne- und AL-Fraktion vom 17.12.2025:
Betrieb von zusätzlichen städtischen Kitas mittels einer Übernahme von bestehenden Kitas sowie der Nutzung eigener Liegenschaften und Liegenschaften von städtischen Stiftungen

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Sozialdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Roger Bartholdi (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

5682. 2025/621
Postulat von Liv Mahrer (SP) und Dr. Balz Bürgisser (Grüne) vom 17.12.2025:
Sportanlage Utogrund, gerechte Verteilung der Nutzung auf die verschiedenen Anspruchsgruppen

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Roger Bartholdi (SVP) stellt namens der SVP -Fraktion den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

5683. 2025/622

**Postulat von Dr. Balz Bürgisser (Grüne) und Liv Mahrer (SP) vom 17.12.2025:
Schulanlage Utogrund, Nutzung des Allwetterplatzes als Autoparkplatz nur in
begründeten Ausnahmefällen**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements
namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Martina Zürcher (FDP) stellt namens der FDP-Fraktion den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

5684. 2025/623

**Postulat von Dr. Roland Hohmann (Grüne), Selina Walgis (Grüne) und Urs Riklin
(Grüne) vom 17.12.2025:
Rasche Umsetzung von hitzemindernden Massnahmen auf dem Farbhof**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepar-
tements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung
entgegenzunehmen.

Roger Bartholdi (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

5685. 2025/624

**Postulat von Selina Walgis (Grüne) und Dr. Balz Bürgisser (Grüne) vom
17.12.2025:
Ausbau des Angebots Ferienplausch**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements
namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Roger Bartholdi (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

5686. 2025/335**Weisung vom 20.08.2025:****Schulamt, Anpassung der Konventsstrukturen des Schulpersonals, Teilrevision von Schulerlassen**

Antrag des Stadtrats

1. a) Die Verordnung über die Volksschule in der Stadt Zürich (VVZ, AS 412.100) wird gemäss Beilage 1 (datiert vom 20. August 2025) geändert.
- b) Die Verordnung über die Entschädigung der Tätigkeiten der Schulbehörden und der öffentlichrechtlichen Organisationen des Schulpersonals (VES, AS 177.540) wird gemäss Beilage 2 (datiert vom 20. August 2025) geändert.
- c) Die Verordnung über die geleiteten Volksschulen in den Schulkreisen der Stadt Zürich (Organisationsstatut, AS 412.103) wird gemäss Beilage 3 (datiert vom 20. August 2025) geändert.
2. Der Stadtrat setzt die Änderungen in Kraft.

Referat zur Vorstellung der Weisung: Maya Kägi Götz (SP), Präsidium

Die Detailberatung ist abgeschlossen.

Die Vorlage wird stillschweigend an die Redaktionskommission (RedK) überwiesen.

Damit ist beschlossen:

Die geänderten Artikel der Verordnung über die Volksschule in der Stadt Zürich (VVZ, AS 412.100), die Verordnung über die Entschädigung der Tätigkeiten der Schulbehörden und der öffentlichrechtlichen Organisationen des Schulpersonals (VES, AS 177.540) und die Verordnung über die geleiteten Volksschulen in den Schulkreisen der Stadt Zürich (Organisationsstatut, AS 412.103) sind durch die RedK zu überprüfen (Art. 70 Abs. 1 in Verbindung mit Art. 213 GeschO GR). Die Schlussabstimmung findet nach der Redaktionslesung statt.

AS 412.100**Verordnung über die Volksschule in der Stadt Zürich (VVZ)**

Änderung vom ...

Art. 18 wird aufgehoben

Sitzungsteilnahmen mit beratender Stimme
a. Schulpflege

Art. 22 ¹ An den Sitzungen der Schulpflege nehmen mit beratender Stimme teil:

- a. die Präsidentin oder der Präsident des städtischen Fachkonvents gemäss Art. 48 Abs. 3 als Vertretung der Lehrpersonen;
- b. die Präsidentin oder der Präsident des städtischen Leitungskonvents gemäss Art. 53^{bis} Abs. 3 als Vertretung der Schulleitungen.

Abs. 2 unverändert.

Grundsatz

Art. 47 ¹ Die Angestellten der Schulen sind in Konventen und Fachgruppen organisiert.

² Die Konvente haben folgende Aufgaben:

- a. die Repräsentation der Angestellten der Schulen gegenüber den Schulbehörden und der Verwaltung;
- b. die Förderung des fachübergreifenden Austauschs.

- ³ Die Fachgruppen haben folgende Aufgaben:
- die Beratung der Schulbehörden und der Verwaltung;
 - die Förderung des fachlichen Austauschs innerhalb der einzelnen Fachgebiete.
- Konvente des Schulpersonals
a. städtischer Fachkonvent
- Art. 48 ¹ Für das gesamte Stadtgebiet besteht ein städtischer Fachkonvent.
² Der städtische Fachkonvent setzt sich zusammen aus:
- den Präsidentinnen und Präsidenten der Kreisfachkonvente;
 - der Präsidentin oder dem Präsidenten des Fachkonvents der Sonderschulen und Therapien;
 - den Mitgliedern der städtischen Fachgruppen.
- ³ Er bestimmt eine Präsidentin oder einen Präsidenten und eine Aktuarin oder einen Aktuar.
- b. Kreisfachkonvente
- Art. 49 ¹ In jedem Schulkreis besteht ein Kreisfachkonvent.
² Die Kreisfachkonvente setzen sich zusammen aus dem Lehr- und Betreuungspersonal des Schulkreises.
³ Jeder Kreisfachkonvent bestimmt eine Präsidentin oder einen Präsidenten.
- Art. 49^{bis} wird aufgehoben.
- c. Fachkonvent der Sonderschulen und Therapien
- Art. 50 ¹ Für die Sonderschulen und Therapien besteht ein Fachkonvent.
² Der Fachkonvent der Sonderschulen und Therapien setzt sich zusammen aus:
- dem Lehr- und Betreuungspersonal der Sonderschulen gemäss Art. 2 lit. a–d;
 - dem Personal der Therapieangebote Logopädie und Psychomotorik.
- ³ Er bestimmt eine Präsidentin oder einen Präsidenten.
- Fachgruppen des Schulpersonals
a. städtische Fachgruppen
- Art. 51 ¹ Für das gesamte Stadtgebiet bestehen städtische Fachgruppen.
² Die städtischen Fachgruppen setzen sich zusammen aus den von den Kreisfachgruppen gewählten Vertretungen.
³ Jede städtische Fachgruppe bestimmt eine Leitung.
- b. Kreisfachgruppen
- Art. 52 ¹ In jedem Schulkreis bestehen Kreisfachgruppen.
² Die Kreisfachgruppen setzen sich zusammen aus dem Personal des jeweiligen Fachbereichs des Schulkreises.
- c. Fachbereiche
- Art. 53 ¹ Die Fachgruppen sind nach Fachbereichen organisiert.
² Die Schulpflege legt die Fachbereiche fest.
- Konvente des Leitungspersonals
a. städtischer Leitungskonvent
- Art. 53^{bis} ¹ Für das gesamte Stadtgebiet besteht ein städtischer Leitungskonvent.
² Der städtische Leitungskonvent setzt sich zusammen aus den von den Konventen gemäss Art. 53^{ter} gewählten Vertretungen.
³ Er bestimmt eine Präsidentin oder einen Präsidenten und eine Aktuarin oder einen Aktuar.
- b. übrige Leitungskonvente
- Art. 53^{ter} ¹ Für das gesamte Stadtgebiet besteht je ein Konvent für folgendes Leitungspersonal:
- Schulleitungen;
 - Leitungen Betreuung;
 - Leitungen Hausdienst und Technik.
- ² Die Konvente setzen sich zusammen aus:
- den vom jeweiligen Leitungspersonals eines jeden Schulkreises gewählten Vertretungen;
 - den vom Leitungspersonal der Sonderschulen und Therapieangebote gewählten Vertretungen.
- ³ Jeder Konvent bestimmt eine Leitung und eine Aktuarin oder einen Aktuar.

- Behördenerlass Art. 53^{quater} ¹ Die Schulpflege regelt in einem Behördenerlass die Einzelheiten der Konvente und Fachgruppen, insbesondere:
- a. die Konkretisierung der Aufgaben;
 - b. die Wahl und die Mitgliederzahl.
- ² Sie kann für die einzelnen Konvente oder Fachgruppen Vorstände vorsehen.
- Aufgaben Art. 57 ¹ Für die Aufgaben des Konvents der Musikschule Konservatorium Zürich gilt Art. 47 Abs. 2 sinngemäss.
- Abs. 2 unverändert.

AS 177.540**Verordnung über die Entschädigung der Tätigkeiten der Schulbehörden und der öffentlichrechtlichen Organisationen des Schulpersonals (VES)**

Änderung vom ...

*Ingress**Der Gemeinderat,*gestützt auf Art. 54 und 94 Abs. 4 GO¹,*beschliesst:*

- Grundsatz Art. 2 ¹ Das Sitzungsgeld beträgt für Sitzungen:
- a. bis zu zwei Stunden (einfaches Sitzungsgeld) Fr. 130.–;
 - b. für jede weitere volle halbe Stunde Fr. 30.–.
- ² Für die übrigen in dieser Verordnung bezeichneten Tätigkeiten wird die Entschädigung nach einem vom Stadtrat festgelegten einheitlichen Stundenansatz ausgerichtet.
- Abs. 2 und 3 werden zu Abs. 3 und 4.
- Konvente und Fachgruppen der Regelschulen, Sonderschulen und Therapien Art. 9 ¹ Eine pauschale Jahresentschädigung erhalten:
- a. die Präsidentin oder der Präsident und die Aktuarin oder der Aktuar des städtischen Fachkonvents;
 - b. die Präsidentinnen und Präsidenten der Kreisfachkonvente;
 - c. die Präsidentin oder der Präsident des Fachkonvents der Sonderschulen und Therapien;
 - d. die Leitungen und die Mitglieder der städtischen Fachgruppen;
 - e. die Präsidentin oder der Präsident, die Aktuarin oder der Aktuar und die Mitglieder des städtischen Leitungskonvents;
 - f. die Leitungen, die Aktuarinnen und Aktuare sowie die Mitglieder der folgenden Konvente:
 1. Konvent der Schulleitungen,
 2. Konvent der Leitungen Betreuung,
 3. Konvent der Leitungen Hausdienst und Technik.
- Abs. 2 unverändert.

AS 412.103**Verordnung über die geleiteten Volksschulen in den Schulkreisen der Stadt Zürich (Organisationsstatut)**

Änderung vom ...

- Sitzungsteilnahme Art. 3 ¹ Neben den Mitgliedern gemäss Art. 104 GO nehmen an den Sitzungen der Kreis-schulbehörden mit beratender Stimme teil:
- a. die Präsidentin oder der Präsident des Kreisfachkonvents;
 - b. die Vertretungen der Kreisfachgruppen;
 - c. drei Mitglieder der Konferenz der Schulleitungen;

¹ AS 101.100

	d. die Aktuarin oder der Aktuar. Abs. 2 und 3 unverändert.
Präsidium der Kreisschulbehörde	Art. 6 Abs. 1 und 2 unverändert. ³ Die Präsidentin oder der Präsident der Kreisschulbehörde entscheidet in den ihr oder ihm gemäss übergeordnetem und städtischem Recht oder durch Beschluss der Kreisschulbehörde übertragenen Geschäften, insbesondere über: lit. a–c unverändert. d. Ausgaben im Rahmen der von der Schulpflege gemäss Art. 102 Abs. 2 GO übertragenen Ausgabenbefugnisse mit Ausnahme des Globalkredits der Schulen; lit. e–h unverändert. Abs. 4 unverändert.
Konferenz der Schulleitungen	Art. 16 Abs. 1 unverändert. ² Die Präsidentin oder der Präsident des Kreisfachkonvents nimmt an der Schulleitungskonferenz mit beratender Stimme teil. Abs. 3 und 4 unverändert.

Mitteilung an den Stadtrat

5687. 2025/3

Parlamentarische Initiative von Dr. Emanuel Tschannen (FDP), Beat Oberholzer (GLP), Benedikt Gerth (Die Mitte) und 10 Mitunterzeichnenden vom 08.01.2025: Verzicht auf die Erhebung der Mengengebühr bei der Anlieferung von Sperrgut bis zu einer bestimmten Menge, Ergänzung der Verordnung für die Abfallbewirtschaftung (AS 712.110)

Antrag der Parlamentarischen Initiative

Die Verordnung für die Abfallbewirtschaftung (VAZ; AS 712.110) vom 2. Februar 2022 wird wie folgt ergänzt bzw. geändert:

Art. 45 Abs. 2bis [Ergänzung]

Bei Anlieferung von Sperrgut an dezentral oder zentral gelegenen Orten verzichtet die zuständige Dienstabteilung auf die Erhebung der Mengengebühr pro Haushalt und Jahr für die folgenden Mengen:

- | | |
|-----------------------------|--------|
| a. in den Jahren 2025-2027: | 200 kg |
| b. ab dem Jahr 2028: | 100 kg |

Art. 45 Abs. 3 [Anpassung]

Für die Anlieferung von Kleinmengen bis 25 kg und bei Sperrgutaktionen, die der Entrümpelung von Haushalten dienen, kann die zuständige Dienstabteilung auf die Erhebung der Mengengebühren für Sperrgut verzichten.

Referat zur Vorstellung des Berichts: Benedikt Gerth (Die Mitte)

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements Stellung.

Die Detailberatung ist abgeschlossen.

Die Vorlage wird stillschweigend an die Redaktionskommission (RedK) überwiesen.

Damit ist beschlossen:

Der geänderte Artikel der Verordnung für die Abfallbewirtschaftung (VAZ; AS 712.110) gemäss Antrag der Mehrheit der SK TED/DIB ist durch die RedK zu überprüfen (Art. 70 Abs. 1 in Verbindung mit Art. 213 GeschO GR). Die Schlussabstimmung findet nach der Redaktionslesung statt.

Die Verordnung für die Abfallbewirtschaftung (VAZ; AS 712.110) vom 2. Februar 2022 wird wie folgt ergänzt bzw. geändert:

Art. 45

Abs. 1–2 unverändert

Abs. 3 Bei Anlieferung von Sperrgut an dezentral oder zentral gelegenen Orten verzichtet die zuständige Dienstabteilung auf die Erhebung der Mengengebühr pro Haushalt und Jahr für die folgenden Mengen:

- a. in den Jahren 2025–2027: 200 kg
- b. ab dem Jahr 2028: 100 kg

Abs. 4 Für die Anlieferung von Kleinmengen bis 25 kg und bei Sperrgutaktionen, die der Entrümpelung von Haushalten dienen, kann die zuständige Dienstabteilung auf die Erhebung der Mengengebühren für Sperrgut verzichten.

Mitteilung an den Stadtrat

5688. 2025/352

Weisung vom 27.08.2025:

Postulat der SP- und Grüne-Fraktionen betreffend Untersuchung und Bericht zu den rechtsextremen Angriffen, dem Vorgehen und den allfälligen Fehlern von Seiten der Stadt und der Polizei sowie zu den künftigen Handlungsmöglichkeiten, Bericht und Abschreibung

Antrag des Stadtrats

1. Von der Extremismusstudie für die Stadt Zürich der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften (ZHAW) vom 11. Juni 2025 (Beilage) wird Kenntnis genommen.
2. Das Postulat, GR Nr. 2022/563, der SP und Grüne Fraktionen vom 16. November 2022 betreffend Untersuchung und Bericht zu den rechtsextremen Angriffen, dem Vorgehen und den allfälligen Fehlern von Seiten der Stadt und der Polizei sowie zu den künftigen Handlungsmöglichkeiten wird als erledigt abgeschrieben.

Referat zur Vorstellung der Weisung: Anna Graff (SP)

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 1

Die SK SID/V beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 1.

Zustimmung: Referat: Anna Graff (SP); Markus Knauss (Grüne), Präsidium; Martina Zürcher (FDP), Vizepräsidium; Andreas Egli (FDP), Sandra Gallizzi (EVP), Leah Heuri (SP) i. V. von Oliver Heimgartner (SP), Dr. Roland Hohmann (Grüne), Stephan Iten (SVP), Severin Meier (SP), Derek Richter (SVP), Michael Schmid (AL), Xenia Voellmy (GLP)

Abwesend: Reis Luzhnica (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK SID/V mit 120 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 2

Die SK SID/V beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 2.

Zustimmung: Referat: Anna Graff (SP); Markus Knauss (Grüne), Präsidium; Martina Zürcher (FDP), Vizepräsidium; Andreas Egli (FDP), Sandra Gallizzi (EVP), Leah Heuri (SP) i. V. von Oliver Heimgartner (SP), Dr. Roland Hohmann (Grüne), Stephan Iten (SVP), Severin Meier (SP), Derek Richter (SVP), Michael Schmid (AL), Xenia Voellmy (GLP)
 Abwesend: Reis Luzhnica (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK SID/V mit 120 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

1. Von der Extremismusstudie für die Stadt Zürich der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften (ZHAW) vom 11. Juni 2025 (Beilage) wird Kenntnis genommen.
2. Das Postulat, GR Nr. 2022/563, der SP und Grüne Fraktionen vom 16. November 2022 betreffend Untersuchung und Bericht zu den rechtsextremen Angriffen, dem Vorgehen und den allfälligen Fehlern von Seiten der Stadt und der Polizei sowie zu den künftigen Handlungsmöglichkeiten wird als erledigt abgeschrieben.

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 21. Januar 2026

5689. 2025/410

Weisung vom 17.09.2025:

Sicherheitsdepartement, Massnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit von Minderheiten mit besonderen Schutzbedürfnissen, Zusatzkredit

Antrag des Stadtrats

Für die Massnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit von Minderheiten wird zu den neuen wiederkehrenden Ausgaben von Fr. 1 000 000.– gemäss GR Nr. 2022/396 rückwirkend auf das Jahr 2024 ein Zusatzkredit von Fr. 1 000 000.– bewilligt. Die neuen wiederkehrenden Ausgaben betragen somit insgesamt Fr. 2 000 000.–.

Referat zur Vorstellung der Weisung: Michael Schmid (AL)

Schlussabstimmung

Die SK SID/V beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Zustimmung: Referat: Michael Schmid (AL); Markus Knauss (Grüne), Präsidium; Martina Zürcher (FDP), Vizepräsidium; Andreas Egli (FDP), Sandra Gallizzi (EVP), Anna Graff (SP), Leah Heuri (SP) i. V. von Oliver Heimgartner (SP), Dr. Roland Hohmann (Grüne), Stephan Iten (SVP), Severin Meier (SP), Derek Richter (SVP), Xenia Voellmy (GLP)
 Abwesend: Reis Luzhnica (SP)

Abstimmung gemäss Art. 62 Abs. 1 lit. c Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der SK SID/V mit 121 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Für die Massnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit von Minderheiten wird zu den neuen wiederkehrenden Ausgaben von Fr. 1 000 000.– gemäss GR Nr. 2022/396 rückwirkend auf das Jahr 2024 ein Zusatzkredit von Fr. 1 000 000.– bewilligt. Die neuen wiederkehrenden Ausgaben betragen somit insgesamt Fr. 2 000 000.–.

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 21. Januar 2026 gemäss Art. 36 und 38 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 23. März 2026)

5690. 2025/454

Weisung vom 01.10.2025:

Human Resources Management, Personalrecht, Teilrevision betreffend Erhöhung der Sparbeiträge an die Pensionskasse

Antrag des Stadtrats

1. Die Verordnung über das Arbeitsverhältnis des städtischen Personals (Personalrecht, PR, AS 177.100) wird gemäss Beilage 1 geändert.
2. Die Änderungen des Personalrechts gemäss Ziffer 1 treten am 1. Januar 2027 in Kraft.

Referat zur Vorstellung der Weisung: Anjushka Früh (SP)

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

Die Detailberatung ist abgeschlossen.

Die Vorlage wird stillschweigend an die Redaktionskommission (RedK) überwiesen.

Damit ist beschlossen:

Der geänderte Artikel der Verordnung über das Arbeitsverhältnis des städtischen Personals (Personalrecht) ist durch die RedK zu überprüfen (Art. 70 Abs. 1 in Verbindung mit Art. 213 GeschO GR). Die Schlussabstimmung findet nach der Redaktionslesung statt.

AS 177.100

Verordnung über das Arbeitsverhältnis des städtischen Personals (Personalrecht)

Änderung vom ...

Art. 85 Berufliche Vorsorge

Abs. 1 unverändert

² Die folgenden Altersgutschriften werden in Prozenten des koordinierten Lohns angewendet, wobei sie pro Altersklasse zu vierzig Prozent durch die Versicherten und zu sechzig Prozent durch die Stadt finanziert werden; das massgebende Alter ergibt sich aus der Differenz zwischen dem Kalenderjahr und dem Geburtsjahr.

Alter	Altersgutschrift in Prozent	Sparbeitrag der Versicherten in Prozent	Sparbeitrag der Stadt in Prozent
25–29	17,5	7,0	10,5
30–34	20,0	8,0	12,0
35–39	23,0	9,2	13,8
40–44	26,0	10,4	15,6
45–49	29,0	11,6	17,4
50–54	31,0	12,4	18,6
55–59	32,2	12,9	19,3
60–65	32,2	12,9	19,3
66–70	15,0	6,0	9,0

Abs. 3–5 unverändert.

Mitteilung an den Stadtrat

5691. 2025/233

Interpellation von Andreas Egli (FDP), Martina Zürcher (FDP) und Dr. Frank Rühli (FDP) vom 11.06.2025:

Schutzbauten-Unterbestand in der Stadt, Hintergründe für die fehlenden Schutzräume, Ausmass des Unterbestands, allfällige Rüge der kantonalen Stellen, Gründe für die Untätigkeit der Stadt und mögliche Massnahmen sowie Erstellung einer Schutzraumzuweisung

Der Stadtrat beantwortet die Interpellation (STRB 3953 vom 3. Dezember 2025).

Andreas Egli (FDP) nimmt Stellung.

Das Geschäft ist nach erfolgter Diskussion erledigt.

5692. 2025/324

Interpellation von Johann Widmer (SVP), Jean-Marc Jung (SVP) und Yves Peier (SVP) vom 09.07.2025:

Gewalttätige Angriffe durch eine linksextreme Täterschaft gegen bürgerliche Parteien und ihre Exponenten und Einrichtungen, Durchsetzung der Versammlungsfreiheit, Massnahmen gegen gewaltbereite Linksautonome, polizeiliche Unterstützung der Veranstaltenden von Quartierfesten, Aufhetzung von Jugendlichen gegen bürgerliche Werte sowie Massnahmen zur Entwaffnung der Jugend

Der Stadtrat beantwortet die Interpellation (STRB 3947 vom 3. Dezember 2025).

Johann Widmer (SVP) nimmt Stellung.

Das Geschäft ist nach erfolgter Diskussion erledigt.

5693. 2025/360

Postulat von Michele Romagnolo (SVP), Samuel Balsiger (SVP) und Yves Peier (SVP) vom 27.08.2025:

Polizeiliche Auflösung der Drogenszene in der Bäckeranlage und in den angrenzenden Seitengassen sowie Unterstützung der betroffenen Personen in den Anlaufstellen und Betreuungsangeboten

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

Michele Romagnolo (SVP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 4987/2025).

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements Stellung.

Das Postulat wird mit 22 gegen 98 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

5694. 2024/589

Postulat von Martina Zürcher (FDP), Anthony Goldstein (FDP) und Hans Dellenbach (FDP) vom 18.12.2024:

Vergabe von vergünstigten Baurechten an gemeinnützige Wohnbauträger, öffentliche Ausschreibung der Wohnungen und Gleichbehandlung aller Personen unabhängig einer Mitgliedschaft in einer Genossenschaft

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Finanzdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Martina Zürcher (FDP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 4125/2024).

Brigitte Furer (Grüne) begründet den von Matthias Probst (Grüne) namens der Grüne-Fraktion am 15. Januar 2025 gestellten Ablehnungsantrag.

Patrick Tscherrig (SP) stellt folgenden Textänderungsantrag:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie er bei der Vergabe von ~~vergünstigten~~ neuen Baurechten an gemeinnützige Wohnbauträger im Baurechtsvertrag festhalten kann, dass ~~ein angemessener Anteil der dort erstellten Wohnungen – oder die gleiche Anzahl an Wohnungen in anderen Liegenschaften des Bauträgers – öffentlich an ausgeschrieben werden und bei der Wohnungsvergabe bestehende Genossenschafts-Mitglieder und Nicht-Genossenschaftsmitglieder gleichbehandelt~~ ausgeschrieben werden.

Martina Zürcher (FDP) ist mit der Textänderung einverstanden.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

Das geänderte Postulat wird mit 89 gegen 31 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

5695. 2025/67**Postulat von Martin Busekros (Grüne), Dr. Jonas Keller (SP) und Sophie Blaser (AL) vom 26.02.2025:
Überarbeitung der Treueprämie für die Angestellten der Stadt**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Finanzdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Martin Busekros (Grüne) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 4317/2025).

Samuel Balsiger (SVP) begründet den von Roger Bartholdi (SVP) namens der SVP-Fraktion am 12. März 2025 gestellten Ablehnungsantrag.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

Das Postulat wird mit 62 gegen 56 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

5696. 2025/81**Motion von Reto Brüesch (SVP), Johann Widmer (SVP) und Jean-Marc Jung (SVP) vom 05.03.2025:
Realisierung eines Wohnprojekts mit preisgünstigen Wohnungen neben der Schulanlage Riedhof**

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Finanzdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme der Motion ab, ist jedoch bereit, sie als Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Reto Brüesch (SVP) begründet die Motion (vergleiche Beschluss-Nr. 4357/2025).

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

Reto Brüesch (SVP) ist nicht einverstanden, die Motion in ein Postulat umzuwandeln.

Die Motion wird mit 12 gegen 100 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

5697. 2025/82**Postulat von Matthias Probst (Grüne) und Urs Riklin (Grüne) vom 05.03.2025:
Bericht über die Anzahl Soll- und Ist-Veloabstellplätze bei allen städtischen Liegenschaften gemäss der aktuellen Parkplatzverordnung sowie zum Aufwand zur Reduktion des Defizits**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Finanzdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Urs Riklin (Grüne) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 4358/2025).

Derek Richter (SVP) begründet den von Roger Bartholdi (SVP) namens der SVP-Fraktion am 19. März 2025 gestellten Ablehnungsantrag.

Das Postulat wird mit 76 gegen 42 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

5698. 2025/85

**Interpellation der FDP-Fraktion vom 05.03.2025:
Möglicher Erwerb des Hotels UTO KULM, rechtliche und politische Einschätzung zur Bekanntgabe von Details der Vertragsverhandlungen, Hintergründe zu den Entscheiden und den Kriterien, Angaben betreffend Sicherung einer informellen Mehrheit im Gemeinderat bei diesem und allenfalls weiteren Kaufgeschäften sowie Beurteilung der Opportunität dieser Vorgehensweise**

Der Stadtrat beantwortet die Interpellation (STRB 1845 vom 18. Juni 2025)

Michael Schmid (FDP) nimmt Stellung.

Das Geschäft ist erledigt.

5699. 2025/151

**Postulat von Tanja Maag (AL) und Christian Häberli (AL) vom 09.04.2025:
Schlachthofareal, Überlassung des Areals an ein selbstverwaltetes Kollektiv in
Gebrauchslleihe zwischen dem Abschluss des gewerblichen Gebrauchs bis zum
Beginn des Umbaus**

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Finanzdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

Tanja Maag (AL) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 4519/2025).

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

Nicolas Cavalli (GLP) stellt folgenden Textänderungsantrag:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie das ein Teil des Schlachthofareals für den Zeitraum zwischen dem Abschluss des gewerblichen Gebrauchs bzw. dem Ende des entsprechenden Mietvertrags und dem Beginn des Umbaus als Freiraum für künstlerische und kulturelle Nutzung sowie quartiersnahe Aktivitäten einem selbstverwalteten Kollektiv in Gebrauchslleihe überlassen werden kann. Auf einen Einbezug der Raumbörse ist zu verzichten. Ein anderer Teil soll für gewinnorientiertes produzierendes Gewerbe zur Verfügung gestellt werden.

Pascal Lamprecht (SP) stellt folgenden Textänderungsantrag:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie das Schlachthofareal für den Zeitraum zwischen dem Abschluss des gewerblichen Gebrauchs bzw. dem Ende des entsprechenden Mietvertrags und dem Beginn des Umbaus als Freiraum für künstlerische und kulturelle Nutzung sowie quartiersnahe Aktivitäten einem selbstverwalteten Kollektiv in Gebrauchslleihe überlassen werden kann. Auf einen Einbezug der Raumbörse ist zu verzichten. Dabei ist sicherzustellen, dass das Kollektiv die Räumlichkeiten direkt von der Stadt mieten kann.

Tanja Maag (AL) ist mit beiden Textänderungen einverstanden.

Angenommene Textänderungen:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie ein Teil des Schlachthofareals für den Zeitraum zwischen dem Abschluss des gewerblichen Gebrauchs bzw. dem Ende des entsprechenden Mietvertrags und dem Beginn des Umbaus als Freiraum für künstlerische und kulturelle Nutzung sowie quartiersnahe Aktivitäten einem selbstverwalteten Kollektiv in Gebrauchsleihe überlassen werden kann. Auf einen Einbezug der Raumbörse ist zu verzichten. Dabei ist sicherzustellen, dass das Kollektiv die Räumlichkeiten direkt von der Stadt mieten kann. Ein anderer Teil soll für gewinnorientiertes produzierendes Gewerbe zur Verfügung gestellt werden.

Das geänderte Postulat wird mit 85 gegen 34 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

E i n g ä n g e

An den nachfolgenden Texten werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

5700. 2026/17

Motion von Anna Graff (SP), Ruedi Schneider (SP) und Hannah Locher (SP) vom 14.01.2026:

Pilotbetrieb einer Quartierküche für armutsbetroffene Personen

Von Anna Graff (SP), Ruedi Schneider (SP) und Hannah Locher (SP) ist am 14. Januar 2026 folgende Motion eingereicht worden:

Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine kreditschaffende Weisung für einen Pilotbetrieb einer Quartierküche zu unterbreiten. In der Quartierküche sollen mittags und abends gute, warme, gesunde und klimafreundliche Mahlzeiten zu niedrigen – für armutsbetroffene Personen erschwinglichen – Preisen serviert werden. Bei erfolgreichem Pilotbetrieb soll eine Ausweitung des Konzepts auf alle Stadtquartiere geplant werden.

Begründung:

Viele Zürcher Haushalte stehen aufgrund rasant steigender Lebenshaltungskosten (Mieten, Krankenkassenprämien, usw.) unter erheblichem finanziellen Druck. Wer sogar von Armut und Armutsgefährdung betroffen ist, leidet besonders. Das betrifft insbesondere Kinder und Jugendliche, ältere Personen, Alleinerziehende, Familien, Alleinstehende, wenig qualifizierte Arbeitnehmende und Menschen mit Migrationshintergrund. Armut bedeutet dabei bekanntermassen nicht nur materielle Einschränkung, sondern oft auch soziale Isolation: Wer jeden Franken mehrfach umdrehen muss, bleibt häufiger zu Hause, verzichtet auf gemeinschaftliche Aktivitäten und zieht sich aus dem öffentlichen Leben zurück. Dies führt zu fehlender sozialer Teilhabe, Vereinsamung und verstärkt langfristig auch gesundheitliche Belastungen.

Das Konzept «Quartierküche» könnte hier niederschwellig und wirkungsvoll ansetzen: Kantinen, die dezentral mitten im Quartier operieren, können Zugang zu guten, warmen und gesunden Mahlzeiten zu erschwinglichen Preisen bieten und zugleich Orte der Begegnung im Quartier schaffen bzw. stärken. Gemeinsame Mahlzeiten fördern den sozialen Austausch und wirken der Isolation entgegen, vor allem wenn bei der Ausgestaltung der Räumlichkeiten auf Angebote wie z.B. Spiel- und/oder Leseecken geachtet wird. So liesse sich mit Quartierküchen ein wichtiger Beitrag zur sozialen, gesundheitlichen und ökologischen Nachhaltigkeit der Stadt Zürich leisten, der weitere Unterstützungsangebote ergänzt.

Quartierküchen liessen sich allenfalls in bestehenden städtischen Infrastrukturen wie Gemeinschaftszentren einrichten. Diese sind bereits gut in den Quartieren verankert, gut erreichbar und verfügen bereits über geeignete Räumlichkeiten wie auch Erfahrung in der niederschweligen Quartierarbeit. Teilweise werden bereits heute in den Gemeinschaftszentren Mittagessen angeboten. Wobei bisher kaum armutsbetroffene oder armutsgefährdete Personen dieses Angebot nutzen – gerade weil die Preise für die Mahlzeiten zu hoch sind. Weitere Umsetzungsmöglichkeiten könnten Gesundheitszentren fürs Alter bieten, um diese als Begegnungsorte zu stärken und die niederschwellige Nutzung durch ältere Menschen zu ermöglichen.

Das Konzept «Quartierküche» bietet zudem Potenzial als Arbeitsintegrations- und Beschäftigungsangebot mit Qualifizierungsperspektive, und auch niederschwellige Anlaufmöglichkeiten für sozialarbeiterische Angebote.

Ein Pilotbetrieb in einem zu definierenden Quartier erlaubt es, Bedarf, Auslastung und Kooperationsmodelle zu evaluieren. Auf dieser Grundlage kann eine Ausweitung des Konzepts auf weitere Quartiere entschieden werden.

Mitteilung an den Stadtrat

5701. 2026/18

Postulat von Dr. Emanuel Tschannen (FDP) und Anthony Goldstein (FDP) vom 14.01.2026:

Zusätzlicher Wohnraum durch bauliche Massnahmen auf städtischen Liegenschaften und Grundstücken in den nächsten 10 Jahren

Von Dr. Emanuel Tschannen (FDP) und Anthony Goldstein (FDP) ist am 14. Januar 2026 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, auf welchen städtischen Liegenschaften und Grundstücken in den nächsten 10 Jahren durch bauliche Massnahmen wie Aufstockung oder Neubau zusätzlicher Wohnraum geschaffen werden kann. Weiter ist zu prüfen, durch welche planungs- und baurechtlichen Anpassungen zusätzlicher Wohnraum ermöglicht werden kann.

Begründung:

In der Stadt Zürich fehlt Wohnraum. Zudem ist absehbar, dass das Drittelsziel durch den Zukauf von Liegenschaften von privaten Eigentümern nicht erreicht werden kann. Daher ist die Stadt gefordert, die ihr gehörenden Liegenschaften und Grundstücke optimal auszunutzen, um ein Maximum an Wohnraum zu schaffen. Dabei soll die Stadt mit gutem Beispiel vorangehen und Alt-bauten wo möglich aufstocken oder durch Neubauten mit mehr Wohnfläche ersetzen.

Gleichzeitig ist zu prüfen, wo bauliche Optimierungen aus planungs- oder baurechtlichen Gründen derzeit nicht möglich sind. Dabei ist aufzuzeigen, welche gesetzlichen Anpassungen (kommunales und kantonales Recht) erforderlich sind, um die möglichen Optimierungen zu ermöglichen.

Mitteilung an den Stadtrat

Die Motion und das Postulat werden auf die Tagliste der nächsten Sitzung gesetzt.

5702. 2026/19

Schriftliche Anfrage von Severin Meier (SP), Selina Walgis (Grüne) und Serap Kahrman (GLP) vom 14.01.2026:

Brandschutz in Betrieben mit hoher Personenbelegung, Kriterien und personelle Ressourcen für die Brandschutzkontrollen, Anzahl Kontrollen in den letzten Jahren, festgestellte Mängel, Kontrolle nachträglicher Innenausbauten, Vorgaben für offene Flammen und brandgefährliche Effekte in Innenräumen sowie Massnahmen gestützt auf die Lehren aus Crans-Montana

Von Severin Meier (SP), Selina Walgis (Grüne) und Serap Kahrman (GLP) ist am 14. Januar 2026 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Vor dem Hintergrund der Brandkatastrophe in Crans-Montana stellen sich Fragen zum Brandschutz. Insbesondere in Betrieben mit hoher Personenbelegung stellen brennbare Innenausbauten, blockierte Fluchtwege sowie ungenügende oder zu seltene Kontrollen ein erhebliches Risiko dar.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Nach welchen Kriterien und mit welcher Regelfrequenz werden Brandschutzkontrollen in bei Bars, Clubs, Eventlokalen, Hotels und besetzten Liegenschaften durchgeführt (risikobasiert nach Nutzung, Personenbelegung, Bauweise, Vorgeschichte von Mängeln etc.)?
2. Wie viele Brandschutzkontrollen wurden in den Jahren 2023, 2024 und 2025 in der Stadt Zürich in den Kategorien Bars, Clubs, Eventlokale, Hotels und besetzte Liegenschaften durchgeführt (bitte nach Kategorie aufschlüsseln)?
3. Welche Mängel werden bei Kontrollen am häufigsten festgestellt (insbesondere betreffend Fluchtwege, Brandabschottungen, Türsysteme, Brandmeldeanlagen, Belegung), und wie stellt der Stadtrat sicher, dass Mängel fristgerecht behoben werden (Nachkontrollen, Fristenmanagement, Sanktionen)?
4. Wie wird sichergestellt, dass nachträgliche Innenausbauten in Betrieben mit Publikumsverkehr nur mit zulässigen, brandschutzkonformen Materialien ausgeführt werden?
5. Welche Vorgaben und Bewilligungspraxen gelten in der Stadt Zürich für offene Flammen und brandgefährliche Effekte in Innenräumen (z. B. Kerzeninszenierungen, Tischfeuerwerk, Partyfontänen), und wie wird deren Einhaltung kontrolliert?
6. Plant der Stadtrat im Jahr 2026, gestützt auf die Lehren aus Crans-Montana, zusätzliche Massnahmen (z. B. Schwerpunktkontrollen, Anpassungen der Kontrollfrequenz, Sensibilisierung der Betreiberinnen und Betreiber)? Falls ja, welche und bis wann?
7. Über welche personellen Ressourcen verfügt die zuständige Stelle für Brandschutzkontrollen, und sieht der Stadtrat einen Bedarf für Aufstockungen oder Prozessanpassungen, um den Vollzug wirksam sicherzustellen?

Mitteilung an den Stadtrat

5703. 2026/20

Schriftliche Anfrage von Christian Häberli (AL) und Tanja Maag (AL) vom 14.01.2026:

Abschaffung des Eigenmietwerts und der Liegenschaftssteuer auf selbstgenutzten Zweitliegenschaften, rechtliche Kompetenzen für eine Besteuerung der Zweitliegenschaften, Abhängigkeiten vom Kanton, Klärung des Handlungsspielraums und Umfang der Steuermindererträge sowie Zahlen über die Nutzung und Eigentümerschaft von Zweitwohnungen

Von Christian Häberli (AL) und Tanja Maag (AL) ist am 14. Januar 2026 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Mit der Annahme der eidgenössischen Vorlage zur Abschaffung des Eigenmietwerts wurde ein Systemwechsel in der Wohneigentumsbesteuerung beschlossen. Gleichzeitig hat die Stimmbevölkerung einer neuen Verfassungsbestimmung zugestimmt, welche es den Kantonen erlaubt, auf überwiegend selbstgenutzten Zweitliegenschaften eine gesonderte Liegenschaftssteuer zu erheben. Der Systemwechsel erfordert Anpassungen auf Gesetzes- und Vollzugsebene und wird voraussichtlich erst ab dem Jahr 2028 wirksam.

Dieser Systemwechsel ist für die Stadt Zürich in mehrfacher Hinsicht von Bedeutung. Einerseits sind infolge der Abschaffung des Eigenmietwerts auch auf kommunaler Ebene Steuermindererträge zu erwarten, der Kanton schätzt diese auf 150 mio./Jahr für alle Gemeinden. Andererseits ist der Wohnungsmarkt in der Stadt Zürich seit Jahren stark angespannt. Zweitliegenschaften, darunter auch zeitweise genutzte Wohnungen sowie Kombinationen aus Eigennutzung und Kurzzeitvermietung über online Plattformen oder vergleichbare Angebote, stehen dem regulären Wohnungsmarkt nur eingeschränkt zur Verfügung und werfen Fragen nach einer sachgerechten steuerlichen Behandlung auf.

Vor diesem Hintergrund stellt sich für die Stadt Zürich die Frage, welche Kompetenzen und welchen Handlungsspielraum sie gestützt auf die neue Bundesverfassung hat, unabhängig davon, ob und in welcher Form der Kanton Zürich entsprechende Regelungen erlässt. Der Zeitraum bis zum voraussichtlichen Inkrafttreten ab 2028 ist dabei insbesondere für vorbereitende Abklärungen von Bedeutung.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Welche rechtlichen Kompetenzen und welchen Handlungsspielraum hat die Stadt Zürich gestützt auf die neue Bundesverfassung im Zusammenhang mit der Besteuerung überwiegend selbstgenutzter Zweitliegenschaften?

2. In welchen Punkten ist die Stadt Zürich dabei auf eine gesetzliche Grundlage oder explizite Delegation durch den Kanton angewiesen, und in welchen Bereichen bestehen Handlungsmöglichkeiten auch ohne einen vorgängigen kantonalen Entscheid?
3. Ist der Stadtrat bereit, diese Frage (2./3.) vertieft abzuklären und dazu ein Rechtsgutachten einzuholen? Wenn nicht, weshalb?
4. Welche vorbereitenden, konzeptionellen oder administrativen Arbeiten kann die Stadt Zürich bereits heute leisten, um ihren Handlungsspielraum sachgerecht zu klären, ohne kantonalen Entscheiden vorzugreifen?
5. Wie hoch sind die zu erwartenden Steuermindererträge infolge der Abschaffung des Eigenmietwerts für die Stadt Zürich?
6. Welcher Anteil dieser Steuermindererträge entfällt auf überwiegend selbst genutzte Zweitwohnungen?
7. Verfügt die Stadt über Zahlen, wie viele Eigentumswohnungen auf Stadtgebiet
 - a. von den Eigentümern als Erstwohnung genutzt werden ?
 - b. vermietet werden ?
 - c. als reines Anlageobjekt leer stehen resp. als Zweitwohnung genutzt werden ?

Mitteilung an den Stadtrat

K e n n t n i s n a h m e n

5704. 2024/195

Wahl eines Mitglieds in die SK SID/V nach dem Rücktritt von Derek Richter (SVP) für den Rest der Amtsdauer 2024–2026

Es wird gewählt (Beschluss der Geschäftsleitung vom 12. Januar 2026):

Attila Kipfer (SVP)

Mitteilung an den Stadtrat und an das gewählte Kommissionsmitglied

5705. 2025/605

Dringliche Schriftliche Anfrage von Murat Gediz (FDP), Samuel Balsiger (SVP), Benedikt Gerth (Die Mitte) und 31 Mitunterzeichnenden vom 10.12.2025: Umnutzung des ehemaligen Gesundheitszentrums für das Alter (GFA) Mittelleimbach, Kommunikation mit den Bewohnenden über einen möglichen Verbleib im Zentrum, Hintergründe zu den sogenannten freiwilligen Wegzügen, Umgang mit den Einwänden gegen den Auszug, Lehren für künftige Nutzungsänderungen und Prüfung weiterer Übergangslösungen und Optionen sowie Einschätzung zu den Belastungen und den Verlusten der sozialen Netzwerke

Der Stadtrat beantwortet die Dringliche Schriftliche Anfrage (STRB 18 vom 7. Januar 2026).

5706. 2025/252

Weisung vom 25.06.2025:

**Immobilien Stadt Zürich, Schulanlage Hans Asper, Umbau und Hitzeminderungs-
massnahmen, Zusatzkredit**

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom
29. Oktober 2025 ist am 5. Januar 2026 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 21. Januar 2026.

5707. 2025/253

Weisung vom 25.06.2025:

**Immobilien Stadt Zürich, Schulanlage Bullinger, Erweiterung, Projektierung, neue
einmalige Ausgaben**

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom
29. Oktober 2025 ist am 5. Januar 2026 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 21. Januar 2026.

Nächste Sitzung: 21. Januar 2026, 17.00 Uhr